



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Nachtrag zu dem Artikel: Die westfälischen Fehmgerichte.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

daß man hier einem Schuster ein sicheres Durchfallen bereitet, sollen die Zunftmeister für die Reaction stimmen; wo aber die Junker einige Chancen haben, da stellen sie keine Schuster als Candidaten auf. Sonst ist von der reactionären Liste höchstens noch ein gewisser Berggrath Schmidt zu erwähnen, welcher sich den Herren wahrscheinlich dadurch empfohlen haben wird, daß er kürzlich seinen Arbeitern die Sammlungen für die deutsche Flotte verboten und die unter ihnen circulirenden Subscriptionsbögen zerrissen hat. Neben dem Marineminister von Roon nimmt sich dieser Herr sehr passend aus. Bemerkenswerth ist noch, daß Graf Bernstorff, welchen die Reaction früher auch als Candidaten aufgestellt hatte, jetzt nicht mehr auf ihrer Liste figurirt. Der Herr Minister des Auswärtigen scheint sich die Ehre verbeten zu haben.

### Nachtrag zu dem Artikel: Die westfälischen Fehmgerichte.

Zu dem Aufsatz, welcher in dieser Zeitschrift Seite 340 — 48 abgedruckt ist, möge die Bemerkung gestattet sein, daß die Schwurgerichte als Rügegerichte bis zur Vollstreckung des Reichsdeputations-Hauptschlusses im Jahre 1803 gedauert haben. In Dortmund wurde das Gericht „am Freistuhl unter der Linde“ jährlich viermal gehegt: am Dienstag nach Heiligen Drei-Könige, am zweiten Dienstage nach Ostern, am Mittwoch nach Mittsommer und am Dienstag nach Lambertii. Die Gerichtsbarkeit erstreckte sich in Rügefachen über die Bewohner der 14 Dörfer, welche zu Ende des funfzehnten Jahrhunderts zu der „Grafschaft“ gehörten. Von jeder Hofstelle dieser Dörfer mußte ein Mann zu allen Gerichtstagen erscheinen. Eine Ausnahme galt für die Bewohner der Brambauerschaft, welche nur am dritten Gerichtstage zu kommen brauchten. Das alte Verfahren ist in seinen Hauptzügen noch in den geringsten Verhandlungen nachweisbar, auch das blanke Schwert spielte dabei eine Rolle. Wenn das Gericht gehegt und die Rügefälle (die Fragen) angemeldet waren, sprach der Fronbote:

„Alle de unner düsem Swerte ston,

De sind düsem Swerte unterthon!

We klagen well; de klage vast!“

schwang das Schwert über den Umstand, und — steckte es wieder bei. Das letzte Fehmgericht hat der Freigraf Zacharias Löbbbecke am Dienstage nach Heiligen Drei-Könige 1803 gehalten. Löbbbecke starb in einem Alter von fast hundert Jahren 1827. Der Fehmstuhl unter der Linde steht heute noch auf dem bergisch-märkischen Bahnhofe. An dieser Stelle steht er aber erst seit 1544; vordem stand er weit mehr nach Westen, fast an der Viehgasse. Da seine jezige Stelle Nichts mit der hochberühmten „heimlichen Fehme“ zu thun hat, so hatte man eigentlich keine Ursache, bei Anlage des Bahnhofes sie, wie geschehen ist, zu schonen. Für den steinernen Tisch mit dem Adler und die Bank hätte sich wol anderswo eine schickliche und wenigstens zugängliche Stelle finden lassen. Näheres über das Dortmunder Gericht bei B. Thiersch, Geschichte von Dortmund. Dortmund. 1854.  
Dortmund, 25. Nov. 1861.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moritz Busch.

Verlag von F. E. Herbig. — Druck von C. E. Elbert in Leipzig.

## Die preussischen Wahlen.

Unter lebhafter, ja leidenschaftlicher Betheiligung der Wähler sind die preussischen Wahlen beendet, die Zeitungen verkünden die neuen Vertreter des Volks und mustern die Parteistellung der Erwählten. Noch ist genaue Einsicht in das Zahlverhältniß der einzelnen Fractionen nicht möglich, kaum sind die sämtlichen Namen bekannt, bei mehren neuen Namen ist zweifelhaft, welchen Genossen sie sich anschließen werden, selbst nach dem Zusammentritt des Abgeordnetenhauses werden Ministerielle, Altliberale und Fortschrittsmänner einander einzelne Stimmen abgeben müssen.

Aber wie sich auch ihr Verhältniß in Ziffern ausdrücken wird, eine Thatsache steht bereits heut fest. Zum erstenmal seit dreizehn Jahren, zum erstenmal seit Preußen eine Verfassung besitzt, wird die Vertretung des Volkes den Eindruck machen, daß sie alle Schattirungen der liberalen Wünsche voll und reichlich darstellt. Durch ein Jahrzehnt steuerte das Abgeordnetenhaus über eine trübe Fluth wie ein Schwan, dem der linke Flügel verstümmelt ist. Gegenüber einer geräuschvollen begünstigten Partei, welche von den Bedürfnissen der Gegenwart ablenkte, fehlte nur zu sehr die behende Kraft, welche das frische Begehren des Volkes vertrat. Die große Partei der Altliberalen aber, welche in dieser aufreibenden Zeit mit Ausdauer und Pflichttreue für das Verfassungsleben Preußens gekämpft hat, war in der unerhörten Lage, zugleich die bedächtige Weisheit und jugendliche Wärme, prüfendes Abwägen und energisches Fordern vereinigen zu sollen. Auch als in den letzten Jahren ein günstiger Stern dem öffentlichen Leben Preußens leuchtete, war die Stellung der liberalen Partei nicht besser geworden. Sie sollte zu gleicher Zeit Vertraute des Ministeriums und Heischende für das Volk, Stütze der Regierung und Opposition, Zustimmende und Unzufriedene sein. Die Stellung war auf die Länge unhaltbar; bei dem besten Willen aller Theile hat die Partei in den letzten Jahren sehr darunter gelitten; wenn sie unzufrieden bewilligte, oder wenn sie zögernd widerstand, immer erhielt sie ein mürrisches, verstimmtes, unsicheres Ansehen, das ihrer innern Tüchtigkeit gar nicht entsprach.

Jetzt aber rückt die große Partei der Altliberalen in die Stellung ein, welche ihr gebührt. Sie vermag jetzt mit besserem Selbstgefühl und höherer Berechtigung ihre Politik eines maßvollen Abwägens durchzuführen. Sie

wird, wo ihr dies recht scheint, eine Hülfse des Ministeriums und wieder Verbündeter der Linken gegen das Ministerium sein dürfen. Sie war in der That von je eine Centriumpartei, soweit die leitenden Persönlichkeiten ihr eine Physiognomie gaben.

Es ist allbekannt, aber immer wieder muß daran erinnert werden, daß fast jeder politische Fortschritt durch einen Compromiß bewirkt wird, welchen auseinandergelassene Interessen und abweichende Ueberzeugungen mit einander schließen. Das Volk ist sehr geneigt, die Größe des Muthes und der Energie, welche sein Vertreter bewährt, nach der Energie und Entschiedenheit zu messen, mit welcher derselbe eine leidenschaftliche Forderung der Zeit ausspricht. Aber es ist ein weiter Weg von politischen Forderungen, wie sie sich in dem Wesen des Einzelnen ausdrücken, bis zu ihrer Realisirung im Gesetz. Nur selten wird ein großes Begehren ganz und voll in die That umgesetzt. Bei dem Wege aber, welchen dasselbe zu durchlaufen hat, bevor es gemeingültiges Statut wird, bei den Concessionen, welche bestehenden, entgegenstrebenden Gewalten einzuräumen sind, zeigt sich Beides, sowohl die Weisheit als die Schwäche der Individuen, welche die Vermittelung des Ideals mit dem Leben übernommen haben. Wie ein Minister nicht immer das Gute zu thun vermag, das er einst als Führer seiner Partei gefordert hat, so wird auch der entschlossenste Vertreter warmer Parteiwünsche, wenn er in das Detail des Kampfes nicht nur protestirend hineintritt, seine Forderungen ermäßigen müssen. Leicht nennt dann die Menge Mangel an Muth und Thatkraft, was nur kluge Berechnung der eignen Kraft ist.

Und wieder auf der andern Seite bedarf der Staatsmann, welcher sich rings von den Schwierigkeiten der Durchführung umgeben sieht, nichts so sehr zur eignen Kräftigung, als solche Stimmen, welche laut und entschlossen ihm gegenüber die vernünftigen Forderungen der Zeit geltend machen. Es wird nützlich für ihn sein, wenn ihm um so energischer ein unbedingtes Fördern entgegengesetzt wird, je mehr er durch Naturell und die Schwierigkeiten seiner Stellung geneigt ist, Concessionen zu machen. Auch deshalb begrüßen wir die neuen Wahlen in Preußen als einen Fortschritt. Und es ist durchaus kein Unglück, wenn die Fortschrittspartei der Zahl nach stärker geworden ist, als sie selbst vor wenig Wochen noch hoffte.

Aber ihr sowohl, als der altliberalen Partei erwachsen für die nächste Sitzung einige Schwierigkeiten. Die Liberalen werden diesmal ohne ihren Führer Vincke zu kämpfen haben. Die Ansicht, daß das Ausbleiben dieses starken Talentes ein großer Uebelstand sei, ist auch außerhalb Preußen allgemein. Die Partei selbst wird dadurch in Gefahr gesetzt, ihre alte Direction, wie unbequem diese auch manchmal für Einzelne war, zu verlieren. Und doch bedarf sie gerade bei der neuen Stellung, in welche sie gedrängt wird, mehr

als je eines kräftigen Zusammenhalts und eines innern Aufschwungs, um nicht nach rechts und links Mitglieder zu verlieren. Es liegt ohnedies im Wesen dieser Partei, welche sich zum großen Theil aus älteren Männern mit reicher Erfahrung und wohlberechtigten persönlichen Ansprüchen zusammensetzt, daß bei ihr sich öfter auseinandergehende Ansichten geltend machen, als bei dem rechten und linken Flügel einer Versammlung, deren Parteidisciplin zu allen Zeiten vollständiger gewesen ist, als die der Mittelfractionen. Es wird den Liberalen gerade jetzt nicht leicht sein, eine Parteiorganisation zu bilden, welche die Mitglieder fest zusammenhält, ohne sie durch Parteizugungen zu überbürden. Dem Ministerium gegenüber aber wird der Partei unter diesen Umständen doppelt schwer werden, eine feste Tactik zu bewahren und der Gefahr zu entgehen, daß sie selbst zu weit rechts gedrängt werde. Auch der Gegensatz gegen die neuen Fortschrittsmänner mag diese letzte Gefahr steigern.

Nicht leichter ist die Aufgabe der neuen Fortschrittspartei. Sie hat ihre Tüchtigkeit erst zu bewähren, sie hat große Hoffnungen des Volkes zu rechtfertigen. Sie enthält neben einigen erfahrenen Führern und einer Anzahl parlamentarisch geschulter Mitglieder auch eine große Anzahl neuer Namen. Es ist viel junge bürgerliche Kraft der Nation in ihr gesammelt, welche ihre erste Schule zu machen hat. Es ist wahrscheinlich, daß bei ihr die Fügsamkeit und Parteidisciplin am größten sein wird; ebenso wahrscheinlich aber, daß sie nicht als einheitliche Masse auf die Länge zusammenhalten wird, sondern daß sich eine kleinere Zahl Mitglieder, etwa unter Waldeck's Führung, als äußerste Linke von der größern Zahl trennen wird.

Wir dürfen annehmen, daß die große Mehrzahl der Partei ihren Erfolg mit Mäßigung und Klugheit benutzen wird. Denn die Führer haben den Vorzug, die Stimmung des Volkes genau zu kennen. Das preussische Volk fordert die Reformen, welche es nach zehnjährigem argem Mißregiment unter dem gegenwärtigen Ministerium zu hoffen berechtigt war. Aber es ist keineswegs in der Stimmung, radicale Maßregeln gut zu heißen, es will eine ruhige gesetzmäßige Entwicklung und seine Loyalität ist warm und eifrig.

Der Sieg der Fortschrittspartei ist durch eine umsichtige Agitation bewirkt worden, sie hat für den Augenblick verstanden, die Sehnsucht des Volkes nach politischer Wärme und Kraftentwicklung zu erregen; aber sie ist keineswegs sicher, daß der frische Antheil, welchen die Provinzen an ihrem Aufstreben nahmen, schon so stark und sicher sei, daß er eine Krisis im Staatsleben, Auflösung der Kammern und eine Appellation der Krone an das Volk überdauere. Noch ist in Preußen ein schneller Rückschlag der öffentlichen Meinung gar nicht unmöglich, denn das politische Leben ist dort noch jung, das Volk an den peinlichen Kampf gegen seine Regierung, der ihm leicht als ein Kampf gegen die Majestät der Krone erscheinen mag, nicht gewöhnt. Schon

jetzt betrachten hier und da Wähler und Gewählte die großen Erfolge ihrer Fortschrittspartei mit einem gewissen Erstaunen. Leicht mag in das Volk die Empfindung kommen, daß man im Eifer etwas weiter gegangen ist, als man gehen wollte.

Zwar würde ein Rückschlag nach conservativer Seite bei der großen Zeitströmung, welche für längere Zeit den Liberalen günstig zufließen wird, keine Dauer haben; aber er vermag wol eine, wenn auch vorübergehende, bedrohliche Störung in der friedlichen Entwicklung Preußens hervorzurufen; und was uns noch höher gilt, er würde das Ansehen des preußischen Volkes in den Augen Europa's gefährlich bedrohen. Es ist anzunehmen, daß diese Erwägungen nicht weniger, als die Lehren einer dreizehnjährigen Vergangenheit die Fortschrittspartei zu größter Besonnenheit veranlassen werden.

Wir theilen deshalb auch durchaus nicht die Besorgnisse für den Bestand des Ministeriums, welche bereits hier und da in der Presse unholden Ausdruck finden; ja, wir sind der Ueberzeugung, daß die neuen Wahlen ein Glück für Preußen und eine Kräftigung der liberalen Elemente in der jetzigen Regierung werden können, wenn die Minister Einiges dafür thun wollen, sich mit den Vertretern der Nation im Abgeordnetenhause in ein geschicktes Verhältniß zu setzen, welches diesen die Möglichkeit gibt, dem Ministerium eine Hülfe zu werden.

Das geschieht aber nicht sowohl durch Vorlagen, welche lebhaften Forderungen Genüge thun, sondern ebenso sehr durch den achtungsvollen persönlichen Verkehr, welcher die Parteiführer in die letzten Gründe einweicht, wodurch das Verhalten des Ministeriums und die Verweigerung des Wünschenswerthen motivirt werden. Möge das Ministerium sich erinnern, wie die Schwierigkeiten der Militärvorlage entstanden sind. Hätte dasselbe damals, wo der Plan der Regierung noch nicht formulirt, noch keine Mißstimmung aufgeregt war, die Vertreter der geneigten Parteien zu einer vertraulichen Berathung nach Berlin gerufen, dort seine Gründe auseinandergesetzt, die verschiedenen Einwendungen angehört und beachtet, wozu damals noch in jeder Hinsicht günstige Zeit war, so hätte ihr die ganze Frage nicht die Schwierigkeiten bereitet, welche bis jetzt unüberwunden sind. Von beiden Seiten wäre die Würdigung der Motive unbefangener geworden, der Plan hätte einige Modificationen wol vertragen, auch in den höchsten Kreisen der Regierung wäre man damals leichter auf populäre Aenderungen eingegangen, und es ist nicht unmöglich, daß das Project gleich bei der ersten Vorlage bereitwillige Zustimmung gefunden hätte. — Der Verkehr mit den Deputirten in den Commissionen ist bei der gegenwärtigen Entwicklung des preußischen Staatslebens nicht ausreichend, die Annäherung herzustellen, welche zwischen einem Ministerium, das sich auf die Majorität der Volksvertreter stützen soll, und den Kammern

bestehen muß. Bei den eigenthümlichen Schwierigkeiten, mit welchen der Verfassungsstaat Preußen zu kämpfen hat, ist eine loyale und offene Verbindung der gegenwärtigen Minister mit den liberalen Parteiführern gar nicht zu entbehren, und das Ministerium würde nicht nur sich, auch der Gegenwart Preußens unnöthige Gefahren bereiten, wenn es z. B. der Fortschrittspartei etwas von der abgeneigten Behandlung gönnen wollte, welche in den Artikeln ministerieller Blätter vor den Wahlen zu Tage kam.

Dies Blatt aber ist, in der angenehmen Lage, die neue Stufe der Entwicklung, auf welche das Verfassungsleben Preußens gekommen ist, mit ungetheilter Freude zu begrüßen. Wir sind warme Preußen, und die Gegner haben uns wol leidenschaftlicher Parteinahme beschuldigt; aber wir haben die Aufgabe, in unserm kleinen Kreise außerhalb des Staatsgebiets vor den Deutschen und dem Auslande die Interessen des Staats zu vertreten. Wir sind nicht gezwungen, an dem häuslichen Zwist, der hier und da zwischen befreundeten Parteien in Preußen selbst aufbrennen mag, mit der Befangenheit der Kämpfenden Theil zu nehmen. Wir werden in dem Ringen der Gegensätze auch innerhalb der liberalen Partei unsere Ueberzeugung nicht zurückhalten; aber wir werden es als unsere erste Aufgabe betrachten, für alle die Kräfte, welche in Preußen einer fortschreitenden Entwicklung der Volkskraft dienen, gemeinsames Handeln bei jeder Gelegenheit zu erbitten. Wir haben die Ueberzeugung, daß es hohe Zeit ist, alte Gegensätze der Personen und Zwistigkeiten der Parteien zu vergessen.

Denn noch ist der Verfassungskampf Preußens nicht beendet. Das erlauchte Fürstengeschlecht, welches dort regiert, und das Volk, beide sind noch in dem großen Uebergange begriffen, sich in neuen Inhalt und neue Formen ihres Staates einzuleben. Innig sind wir überzeugt, daß es in solcher Periode Allen, welche in dem Verfassungsstaat die Garantie für Gedeihen und Größe Preußens erkennen, Pflicht ist, zusammenzustehen; denn nur durch ihre feste Verbindung kann dem Staat wieder das Gefühl der Kraft kommen, welches er zu seinem und Deutschlands Schaden so lange entbehrt hat. Und deshalb verbergen wir den Wunsch nicht, daß zunächst die Presse, sowohl die ministerielle als die der Fortschrittspartei aufhören möge, an den Hader zu erinnern, welcher bei den Wahlen zu Tage kam.

Es erscheint uns grade jetzt patriotische Aufgabe, jede Fraction der liberalen Presse zum Frieden und zur Besonnenheit zu mahnen.